

# Linke drohen mit Enteignung

Preisbremse und kommunales Engagement: Partei stellt Konzept für eine Begrenzung des Mietanstiegs in Lüneburg vor

VON ULF STÜWE

**Lüneburg.** Heftig sind in den letzten Jahren die Mieten in Lüneburg gestiegen, mindestens ebenso heftig wollen nun die hiesigen Linken dagegen angehen. Die Partei hat dafür ein Wohnraumkonzept vorgelegt, das es in sich hat: Mit einem „Dreiklang Plus“ soll die „Profitlogik des Marktes“ durchbrochen werden, statt Gewinnmaximierung ist von Vergesellschaftung die Rede. Dabei schrecken die Linken auch vor Enteignungen nicht zurück.

„Wohnungsbau sowie dessen Vermietung muss in öffentliche, demokratisch kontrollierte sowie nach sozialen Maßstäben handelnde Hände gegeben werden, sprich in kommunale/städtische Hand“, heißt es in dem Papier, dass die Linken jetzt vorstellten. Grundlage ist die Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Victor Perli zur Mietentwicklung in den 14 größten Städten Niedersachsens. Demnach ist die durchschnittliche Kaltmiete von 7,14 Euro pro Quadratmeter 2012 auf 9,52 Euro im vergangenen Jahr gestiegen.

## Steigende Mieten für Millionengehälter

Die Gründe für den drastischen Anstieg liegen für die Linken auf der Hand: Vor allem die „Neoliberalisierung des Wohnungsmarktes“ habe dafür gesorgt, dass große Immobilienkonzerne mit ihren „aggressiven Profitmaximierungspraktiken“ die Mieten in die Höhe treiben und sich Wenige auf Kosten vieler „auf unvorstellbar dreiste Weise“ bereicherten, etwa indem sich deren Chefs Millionengehälter gönnten.

Die Linken wollen mit ihrem Wohnungsmarktkonzept dagegenhalten. Konkret: „Wir wollen die Senkung der Mieten, die Enteignung und Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne und die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus durch kommunale und landeseigene Wohnungsbaugenossenschaften.“

Dazu sollen die Mieten in Lüneburg für fünf Jahre eingefro-

ren werden. Zudem soll die Lüwobau künftig ausschließlich in sozialen Wohnungsbau investieren, die geplante Kreissiedlungsgesellschaft neuen Schub erhalten. Den Verkauf städtischer Flächen wollen die Linken unterbinden, Grundstücke stattdessen in Erbpacht vergeben.

Dieser „Dreiklang“ soll zudem flankiert werden von einer „weitreichenden Siedlungspolitik für ländliche Regionen und unter konsequenter Berücksichtigung des Klima- und Umweltschutzes“. Dazu sollen der ÖPNV verbessert und die Bahnstrecken von Lüneburg nach Bleckede und Amelinghausen stärker genutzt werden. Außerdem sollen neue Siedlungen an den Haltepunkten der Bahnstationen entstehen.

Zur Finanzierung des anspruchsvollen Konzepts heißt es: Geld sei genug vorhanden. Vor allem die Sparkasse Lüneburg sehe man in der Pflicht, sich einzubringen.

## Fehlende Transparenz auf dem Wohnungsmarkt

Wie sehr bei vielen Mietern der Schuh drückt, machte Michael Bugenhagen bei der Präsentation des Konzepts deutlich. Der 54-Jährige bewohnt eine 65 Quadratmeter große Wohnung in der Graf-von-Moltke-Straße. Dort muss er nach eigenen Angaben seit langem mit Schimmel an den Wänden und undichten Fenstern leben, die zu steigenden Heizungskosten führen. Die Eigentümer reagierten darauf aber nur mit Schönheitsreparaturen, selbst bei inzwischen immer häufiger auftretendem Herausfallen von ganzen Betonstücken aus den Wänden. „Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis etwas passiert“, befürchtet der Lüneburger. Und doch wage niemand, die Stimme gegen die Eigentümer zu erheben, „denn die Angst, die Wohnung zu verlieren, ist groß“.

Klar ist jedoch, dass die Lüneburger Linken ihre ambitionierten Ziele nicht ganz allein durchsetzen können. Eine „wohnungspolitische Wende ist Aufgabe der Bundesregierung“ und „Aufgabe der Landesregierung“, heißt es in dem Papier.